

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 217-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1135

Eingereicht am: 17.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Schindler (Bern, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: 85/2015 vom 28. Januar 2015
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Engagement des Kantons im Rahmen internationaler Polizeieinsätze zur Friedensförderung

Am 20. Dezember 2011 hat die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) dem Bund die Zurverfügungstellung von 20 Polizeiexpertinnen und -experten zugesichert. Diese sollen im Rahmen von internationalen Polizeieinsätzen zur Friedenssicherung eingesetzt werden. Die Polizeikorps von Kantonen, Städten und Gemeinden umfassen insgesamt rund 17 300 vereidigte Polizistinnen und Polizisten. Der versprochene Beitrag ist also verhältnismässig bescheiden und entspricht nur etwas mehr als einem Tausendstel der aktuellen Polizeibestände.

Die internationalen Friedensmissionen sind viel stärker integriert als früher: Sie haben heute meist eine militärische, eine polizeiliche und eine administrative Dimension. Letztlich sind die zivilen Komponenten dafür verantwortlich, inwiefern in Krisengebieten der Aufbau eines funktionierenden Staates am Ende gelingt oder scheitert. Dafür braucht es insbesondere im Sicherheitsbereich grosse Anstrengungen, damit die Sicherheitskräfte gut ausgebildet und die demokratische Kontrolle des Sicherheitsapparats gewährleistet werden kann. Von aktuell 90 zivilen Expertinnen und Experten der Schweiz sind 12 Polizeibeamte. Aktuell sind von den 12 von der Schweiz entsandten Polizisten nur 3 «echte» aus kantonalen Korps. Die Entsendung von Polizeikräften in internationale Friedensmissionen ist also noch stark ausbaufähig. Es besteht hier ein grosses und friedenspolitisch attraktives Potenzial.

Die UNO fragt enorm hoher Kontingente nach. Es gibt ein grosses internationales Bedürfnis nach qualifizierten Polizeiexpertinnen und Polizeiexperten. Die Schweiz konnte bisher bei weitem nie so viele Polizistinnen und Polizisten entsenden, wie die UNO eigentlich nachfragte. Namentlich Personen mit französischen Sprachkenntnissen sind sehr gefragt. Das Parlament gewährt dem EDA via Botschaft zur Friedensförderung 30 Polizistinnen und Polizisten für internationale Einsätze. Das EDA hat daraufhin mit der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) am 20. Dezember 2011 eine Vereinbarung getroffen, die vorsieht, dem Departement für internationale Friedenseinsätze maximal 20 Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung zu stellen. Bisher sind es jedoch, wie oben beschrieben, nur deren 3. Das gilt es zu ändern, und auch der Kanton Bern ist in der Verantwortung.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Schritte hat der Regierungsrat eingeleitet, um die Vereinbarung zwischen der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) umzusetzen, die vorsieht, dass die Kantone dem Departement für Friedensoperationen internationaler Organisationen ständig 20 Polizeiexpertinnen und -experten zur Verfügung stellen?
2. Welchen Stellenwert haben Einsätze von Polizeiexpertinnen und -experten in Friedensoperationen internationaler Organisationen im Rahmen der Polizeischulen? Trifft der Regierungsrat die erforderlichen Massnahmen, damit die Grundausbildung für Friedensoperationen integraler Teil der Ausbildung an Polizeischulen wird? Für welche Inhalte müssen einsatzbereite Polizeikräfte durch das Polizeiausbildungsinstitut Brühl (NRW) in Deutschland ausgebildet werden, weil die Polizeischulen in der Schweiz dazu nicht in der Lage sind?

Antwort des Regierungsrates

Zu Frage 1

Im Auftrag des Polizei- und Militärdirektors Hans-Jürg Käser und unter der Leitung von Kommandant Dr. Stefan Blättler hat die Kantonspolizei Bern ein entsprechendes Umsetzungskonzept erarbeitet. Dieses sieht vor, dass die Kantonspolizei ihrem Anteil am schweizerischen Kontingent entsprechend jeweils zwei bis drei Mitarbeitende gleichzeitig als Polizeiexpertinnen und -experten für internationale Friedenseinsätze zur Verfügung stellt.

Dazu hat die Kantonspolizei am 10. Juni 2014 intern eine Ausschreibung publiziert. Im Anschluss wurden zwei dem Anforderungsprofil entsprechende Mitarbeitende ausgesucht. Einer der beiden Mitarbeitenden hat Ende 2014 seine Bewerbung aus persönlichen Gründen zurückgezogen. Die von der Kantonspolizei ausgewählten Bewerbungen für internationale Friedenseinsätze werden den zuständigen Stellen des Bundes übermittelt. Die abschliessende Rekrutierung sowie das Evaluationsverfahren obliegen den Bundesbehörden. Noch nicht festgelegt sind demnach die mögliche Einsatzzeit und der Einsatzort. Sobald diese definiert sind, wird die Kantonspolizei erneut eine interne Ausschreibung vornehmen, damit künftig der permanente Einsatz von zwei bis drei Mitarbeitenden sichergestellt werden kann.

Zu Frage 2

Gemäss dem Anforderungsprofil müssen Mitarbeitende für internationale Friedenseinsätze über mindestens acht Jahre Berufserfahrung verfügen. Die Ausbildung liegt in der Zuständigkeit des Bundes; insbesondere des EDA. Bei ca. 20 Teilnehmenden aus der Schweiz pro Jahr wird die Ausbildung primär aus Gründen der Effizienz zentral in Brühl (NRW) in Deutschland umgesetzt.

Im Verlauf der polizeilichen Grundausbildung werden die Mitarbeitenden der Kantonspolizei Bern über das Thema Friedensoperationen informiert. Da ein solcher internationaler Einsatz erst mit längerer Berufserfahrung und nach Absolvieren einer Ausbildung unter Leitung der Bundesbehörden möglich ist, ist eine derartige Ausbildung während der Polizeischule nicht sinnvoll und deshalb nicht vorgesehen.

An den Grossen Rat